

Protokoll

der öffentlichen Sitzung (Nr. 23/23-27) des Beirates Neustadt

am Donnerstag, den 04.12.2025,

in der Aula der Wilhelm-Kaisen-Oberschule, Valckenburghstraße 1-3, von 19:00 bis 21:35 Uhr

Anwesend:

Ulrike Heuer	Anke Maurer (bis 21:25)	Britta Schmidt
Anita Ipach	Marlin Meier	Udo Schmitz
Christian Kok	Janne Müller	Martina Tallgauer-Bolte
Lars Köke	Johannes Osterkamp	
Gabriele Mahro	Azalea Rahman	

Fehlend: Vibke Martens, Colin Nolte (e), Kai Stührenberg (e), Marcus Tödtheide, Renee Wagner

Referent:innen: Herr Arndt (Ordnungsamt Bremen), Herr Bartsch (ASV), Herr Brase-Wentzell (Verein für Innere Mission Bremen), Frau Carneiro Alves (SGFV), Herr Dreyer (Polizei Bremen), Frau Findeisen (SBMS), Herr Hillmann (Ordnungsamt Bremen), Frau Kodré (SASJI), Frau Wessolowski-Müller (SIS),

Gäste: Vertreter:innen der Polizei, der Presse und weitere interessierte Bürger:innen

Vorsitz: Uwe Martin

Protokoll: Viktoria Hochlan (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

Abkürzungen: BI = Bürgerinitiative Hohentor, BM = Beiratsmitglied, BS = Beiratssprecher, FA = Fachausschuss, OAL = Ortsamtsleitung, OSL = Oberschule am Leibnizplatz, SASJI = Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration, SBMS = Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, SGFV = Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, SIS = Senator für Inneres und Sport, TO = Tagesordnung, , WKO = Wilhelm-Kaisen-Oberschule

TOP 1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Genehmigung der Tagesordnung

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt und die Tagesordnung genehmigt. (einstimmig)

TOP 2. Aktuelle Stadtteilangelegenheiten

• Bürger:innenanträge, Fragen und Wünsche in Stadtteilangelegenheiten

- Ein Bürger regt an, die gesamte Neustadt als Waffenverbotszone zu betrachten und schlägt vor, dass sich der Beirat für eine waffenfreie Zone ausspreche. Der Beirat nimmt diese Anregung auf.
- Durch eine Bürgerin, die Mitglied der Elternvertretung der WKO ist, wird berichtet, dass der Neubau an der WKO mittlerweile fertiggestellt sei und sowohl Lehrkräfte als auch Schüler:innen bereit seien, den Betrieb einer gymnasialen Oberstufe an diesem Standort aufzunehmen. Sie wirbt bei dem Beirat dafür, das Anliegen weiterhin zu verfolgen und voranzubringen.
- Eine Bürgerin, die dem Elternbeirat der Helene-Kaisen-Grundschule angehört, weist auf die angespannte Verkehrssituation auf dem Schulweg hin, insbesondere im Hinblick darauf, dass künftig sechs bis acht zusätzliche Klassen dazukommen würden. Sie suche nach geeigneten Ansprechpartner:innen, um passende Schulwegkonzepte erarbeiten zu können. Sie berichtet, dass die Problematik insbesondere durch Elterntaxi, kurze Ampelphasen und dunkle Wege während der morgendlichen und mittäglichen Stoßzeiten entstehe. Die vermehrte Präsenz der Polizei hebt sie positiv hervor.

Die OAL erklärt, dass der FA Mobilität und Stadtentwicklung sich noch einmal mit dieser Angelegenheit befassen werde.

- Eine Neubürgerin aus dem Seehöfe-Quartier in Huckelriede erkundigt sich nach der Verkehrsanbindung, da dort bereits 150 Wohnungen fertiggestellt seien und weitere 200 Wohneinheiten hinzukommen würden. Sie weist darauf hin, dass die fußläufigen Wege zur nächsten Haltestelle sehr lang seien und die Roland-Klinik sich bereits seit längerem für die Einrichtung einer kurzen Schleife für den öffentlichen Nahverkehr vor der Tür einsetze.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass dies bereits in der [Planungskonferenz zur Entwicklung in Huckelriede](#) im Juni diesen Jahres thematisiert worden sei und der FA Mobilität und Stadtentwicklung sich der Thematik noch einmal annehmen werde.

- **Berichte der Beiratssprecher**

- Der BS bedankt sich bei Kelsang Alvermann für ihre langjährige Tätigkeit in der Seniorenvertretung Neustadt, da sie den Posten zum Ende des Jahres niederlege. Sie habe die Neustadt immer mit viel Kraft und Energie vertreten und er hoffe, dass sie weiterhin die Sitzungen des Beirates besuchen werde.

Frau Alvermann bedankt sich für die freundlichen Worte und betont, dass sie die Arbeit in der Seniorenvertretung immer gerne gemacht habe.

- **Berichte des Amtes**

- Die OAL verkündet öffentlich die Beschlüsse des Beirates Neustadt zu den Globalmittelanträgen, die aus zeitlichen Gründen in der vergangenen [Sitzung am 06.11.25](#) nicht mehr haben befasst werden können. Daher seien die nachfolgend genannten Beschlüsse in der Zwischenzeit im Umlaufverfahren gefasst worden. Es hätten innerhalb der Frist mehr als die Hälfte der Beiratsmitglieder abgestimmt. Da ausnahmslos mit „Ja“ abgestimmt worden sei, seien alle Globalmittelanträge wie beantragt bewilligt worden:

- a) Integration durch Kunst e.V., „Zwischen den Sprachen...“, Antragsumme: 5.750,00 € (Nr. 44/2025)
 - b) Martinsclub Bremen e.V., „Fahrradkurse für Frauen“, Antragsumme: 4.200,00 €, Nr. 45/2025)
 - c) Kulturkraken e.V., „Lichter der Neustadt 205 – Anschaffung Bühnenmaterial“, Antragsumme: 4.000,00 € (Nr. 46/2025)
 - d) DRK Freizi Neustadt, „Heideparkbesuch Herbstferien 2025“, Antragsumme: 669,20 € (Nr. 47/2025)
 - e) JOKES Circusschule e.V., „Kinderkonzert Huckelriede“, Antragsumme: 975,00 € (Nr.49/2025)
 - f) Initiativantrag Grabpflege Familie Dickel, Antragsumme: 600 € (Nr. 50/2025)
 - g) Initiativantrag Staudenbeete vor der OSL, Antragsumme: 250,00 € (Nr. 51/2025)
- Die OAL teilt mit, dass die wesernetz Bremen GmbH als Ausbaupartnerin der Glasfaser Northwest GmbH & Co. KG in der Zeit vom 01.01.-31.12.26 das Glasfasernetz im Bereich Alte Neustadt ausbauen wird.

TOP 3. Bericht aus dem Regionalausschuss Klinikum Links der Weser

Eine Vorsitzende des Regionalausschusses berichtet, dass die nächste Sitzung am 08.12.25 um 18.00 Uhr in der St. Georgs-Gemeinde (Gemeindehaus), Kirchhuchtinger Landstr. 24, 28259 Bremen im Stadtteil Huchting stattfinden werde. Schwerpunkt der Sitzung solle die Notfallversorgung in ganz Bremen sein. Sie weist darauf hin, dass die Sitzung in hybrider Form statfinde, man sich daher auch online dazu schalten könne.

TOP 4. Nachbenennung Mitglied für die Seniorenvertretung (Bündnis 90/Die Grünen)

Die OAL erläutert, dass das langjährige Mitglied der Seniorenvertretung, Kelsang Alvermann, zum Ende des Jahres ihren Rücktritt erklärt habe und bedankt sich in diesem Zuge für ihre Arbeit.

Die Fraktion B90/DIE GRÜNEN haben das Vorschlagsrecht für die Nachfolge von Frau Alvermann und schlagen Dr. Ulrike Heuer für diese Position vor.

Beschluss: Frau Dr. Ulrike Heuer wird mit Wirkung ab 01.01.26 in der Position als Seniorenvertretung für die Neustadt eingesetzt. (einstimmig)

TOP 5. Vorstellung des Konzepts für Parken in Quartieren

Frau Findeisen, Referentin für nachhaltige Mobilität bei SBMS, und Herr Bartsch, Abteilungsleiter Straßenverkehrsbehördliche Angelegenheiten und Verkehrstechnik, erläutern anhand einer vorbereiteten [Präsentation zu Parken in Quartieren](#) das geplante Vorgehen der Behörde und geben Beispiele wie Maßnahmen umgesetzt werden.

Zwei Mitglieder der Fraktion DIE LINKE erkundigen sich danach, ob die Gebühren nach Fahrzeuggröße gestaffelt werden könnten, ob es eine App für die Anwohnerparkausweise gebe, wie die Begegnungszonen definiert würden und ob dadurch bauliche Eingriffe in Gehwege geplant seien.

Ein BM von B90/DIE GRÜNEN ergänzt, dass im Vortrag erwähnt worden sei, dass die Gehwegbreite in Ausnahmefällen auf 1,20 m reduziert werde, wegen des hohen Parkdrucks. Würden diese Regelungen regelmäßig überprüft und angepasst, wenn bspw. im Laufe der Zeit Quartiersgaragen entstünden?

Frau Findeisen und Herr Bartsch führen aus, dass die Fahrzeuggröße für die Gebührenerhebung Thema sei, hier würden jedoch unterschiedliche Erwägungen eine Rolle spielen. Letztendlich handele es sich dabei um eine politische Entscheidung. Zur Frage nach einer App wird ausgeführt, dass aktuell Online bereits die Anträge für Bewohnerparken gestellt werden könnten, der gesamte Prozess jedoch noch nicht digitalisiert sei. Hieran werde aktuell gearbeitet. Für den Erwerb von Parkscheinen gebe es jedoch schon zahlreiche Apps, auf deren Nutzung an den Parkscheinautomaten ebenfalls hingewiesen werde.

Zur Definition der Begegnungszonen wird erläutert, dass diese über entsprechende Markierungen im Straßenraum dargestellt werden sollen. Ob und in welchem Umfang bauliche Eingriffe in Gehwege notwendig werden, sei noch nicht abschließend geklärt. Ziel sei es, die Maßnahmen mit möglichst geringem baulichem Aufwand umzusetzen.

Bezüglich der Reduzierung der Gehwegbreite auf 1,20 m wird ausgeführt, dass dies eine Ausnahme darstelle und nur als Ultima Ratio angewendet werde, wenn der Parkdruck besonders hoch sei. Sollte durch den Bau von Quartiersgaragen erweiterter Parkraum geschaffen werden, könne die Gehwegbreite wieder angepasst werden. Die Entscheidung erfolge jeweils im Einzelfall und werde regelmäßig überprüft, insbesondere wenn sich die Rahmenbedingungen im Quartier ändern.

Einige Mitglieder von B90/DIE GRÜNEN erkundigen sich nach den Möglichkeiten der tatsächlichen Bürgerbeteiligung im Rahmen des angekündigten Bürgerdialogs, insbesondere ob an den Veranstaltungstagen ebenfalls Wünsche zum ÖPNV geäußert werden könnten. Es wird darauf hingewiesen, dass in der Neustadt Neubaugebiete existierten, die bislang nicht durch den ÖPNV erschlossen seien. Und ob dieser Tatbestand in den Erwägungen ebenfalls berücksichtigt werde. Außerdem wird sich danach erkundigt, inwiefern bereits bestehende Parkmöglichkeiten und Quartiersgaragen in die Planung einbezogen würden und wie extremer Parkdruck gemessen werde.

Frau Findeisen und Herr Bartsch erläutern, dass im Beteiligungsprozess grundsätzlich Wünsche und Anregungen geäußert werden könnten. Auch wenn die ÖPNV-Anbindung nicht explizit Teil des Prozesses sei, würden entsprechende Hinweise an die zuständigen Stellen weitergegeben und könnten in die weitere Planung einfließen. Bestehende Parkmöglichkeiten und Quartiersgaragen würden im Rahmen der Mehrfachnutzung von Parkflächen berücksichtigt, wobei die Umsetzung von Eigentumsverhältnissen und baurechtlichen Regelungen abhänge. Die Messung des Parkdrucks erfolge nicht anhand einer festen Zahl, sondern werde kategorisiert und in Grundzügen dargestellt. Nach Erhebungen durch das Planungsbüro würden die Ergebnisse mit der obersten Verkehrsbehörde abgestimmt und die Ergebnisse dem Beirat kommuniziert.

Einzelne Mitglieder der SPD-Fraktion sprechen die Zeitplanung des Bürgerdialogs an und erkundigen sich, wie die Information der Bürger:innen nach Abschluss der Beteiligung erfolge und wie der Beirat weiterhin eingebunden werde. Zudem werden Fragen zu Regelungen für gewerbliche Fahrzeuge, Wohnmobile und Anhänger, zu Maßnahmen gegen Behinderungen durch Mülltonnen und Fahrräder auf Gehwegen sowie zur Rettungssicherheit in besonders schmalen Straßen gestellt. Auch die Überprüfung der neuen Regelungen, mögliche Ausnahmen in der Nähe von Kitas und der Umgang mit Hecken, die in den Gehweg hineinwachsen, werden thematisiert.

Frau Findeisen und Herr Bartsch erläutern, dass nach Abschluss des Bürgerdialogs die weitere Planung beginne, Entwürfe erstellt und im Beirat vorgestellt würden. Einzelne Parkregelungen würden dabei nicht im Detail diskutiert, um den Prozess zügig voranzubringen. Für gewerbliche Fahrzeuge, Wohnmobile und Anhänger würden die gesetzlichen Vorgaben gelten; Änderungen seien nicht vorgesehen. Gewerbetreibende erhielten bei Bedarf Sondergenehmigungen. Maßnahmen gegen Behinderungen durch Mülltonnen und Fahrräder seien als Begleitmaßnahmen geplant, insbesondere durch die Schaffung zusätzlicher Fahrradabstellmöglichkeiten. Die Rettungssicherheit in schmalen Straßen werde im Verfahren geprüft und durch Gut-

achter:innen berücksichtigt. Die Überprüfung der neuen Regelungen erfolge durch das Ordnungsamt in Abstimmung mit dem Innenressort. Ausnahmen in der Nähe von Kitas würden im Einzelfall geprüft. Hecken, die in den Gehweg hineinwuchsen, sowie Mülltonnen und Fahrräder, würden durch gezielte Bürgerinformation und Appelle adressiert.

Ein Mitglied der FDP und eines von BSW bitten um konkrete Beispiele für geordnetes Parken, sprechen die Gefährdung durch E-Scooter an und regen an, Quartiersgaragen bei großen Bauprojekten mitzudenken sowie Baumaßnahmen zu koordinieren.

Die Referent:innen erläutern, dass für die Neustadt keine konkreten Beispielstraßen genannt werden könnten, da das Konzept auf Erfahrungen aus einem anderen Stadtteil basiere. E-Scooter würden durch die Schaffung von Abstellflächen und Ordnung im Straßenraum berücksichtigt; konkrete Verbote seien nicht vorgesehen. Bestehende (Quartiers-)Garagen würden lediglich den Bedarf der eigenen Mieter:innen der Privatbauten berücksichtigen. Hier hänge es von den Eigentümern ab, sich auf den Bau bzw. die Einrichtung einer Quartiersgarage einzulassen, was bei den hohen Baukosten kaum eine reelle Möglichkeit darstelle. Die Koordination von Baumaßnahmen erfolge nach Möglichkeit.

Ein Bürger weist auf die Situation von Pflegediensten und Angehörigen hin, die in mehreren Zonen parken müssten, und regt eine entsprechende Lösung sowie eine bessere Beschilderung an.

Es wird erläutert, dass Pflegedienste und Handwerker Bewohnerparkausweise erhalten würden. Das Parken in mehreren Zonen sei nicht vorgesehen und widerspreche dem Konzept des Bewohnerparkens. Tages- und Wochenkarten für Besucher:innen seien möglich, aber begrenzt. Die Beschilderung werde auch dort eingesetzt, wo bestehende Parkregelungen verdeutlicht werden sollen.

Der Landesvorsitzende des ADFC fragt nach dem Finanzrahmen für die Umsetzung, der Relation von Parkgebühren in Quartiersgaragen und Bewohnerparken und dem damit verbundenen fehlenden Anreiz, Quartiersgaragen zu nutzen, nach Abstellmöglichkeiten für Lastenräder und nach einem Gesamtkonzept für Fahrradparken.

Die Referent:innen führen aus, dass der Finanzrahmen durch eine Senatsvorlage abgedeckt sei, die demnächst voraussichtlich beschlossen werde. Quartiersgaragen seien in der Praxis aufgrund hoher Baukosten schwierig umzusetzen; ohne finanzielle Förderung durch die Stadt seien die Mietgebühren oft zu hoch. Daher müsse abgewartet werden, wie viele Quartiersgaragen aus privater Hand entstehen würden. Wenn der Parkdruck groß sei, würden diese trotz höherer Kosten angenommen. Für Lastenräder und Dreiräder würden Lösungen mitgedacht, Sammelschließanlagen und überdachte Abstellplätze seien derzeit nicht vorgesehen, könnten aber zukünftig in die Planung eingebunden werden. Die Bedarfsabfrage für Fahrradabstellplätze erfolgt aktuell in der Bevölkerung.

Weitere Bürger:innen bringen Anregungen und Fragen zu verschiedenen Aspekten der Verkehrsplanung ein. Thematisiert werden insbesondere die Sicherstellung der Rettungssicherheit, die Berücksichtigung von Kinderrechten bei der Gestaltung des öffentlichen Raums, die Funktionsweise und das Zusammenspiel unterschiedlicher Nutzungsansprüche im Quartier, die Einhaltung von Mindestbreiten für Gehwege sowie Möglichkeiten zur Absicherung von Begegnungszonen, beispielsweise durch Poller. Auch die Auswirkungen von Fassadenbegrünung und Dämmmaßnahmen auf die Gehwegbreiten werden angesprochen.

Frau Findeisen und Herr Bartsch erläutern dazu, dass die Mindestbreite für Gehwege grundsätzlich bei 1,80 m liegt, die genaue Ausgestaltung jedoch von der Straßenverkehrsbehörde im Einzelfall geprüft und festgelegt werde. Die Rettungssicherheit werde bei allen Planungen berücksichtigt und durch Gutachter geprüft. Bei der Quartiersgestaltung würden die unterschiedlichen Interessen abgewogen, um für alle Nutzergruppen passende Angebote zu schaffen. Fassadenbegrünung und Dämmmaßnahmen führten zu keiner Einschränkung der Gehwegbreiten; in Einzelfällen werden Kompromisslösungen gesucht, ohne die Verkehrssicherheit zu beeinträchtigen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erkundigt sich darüber hinaus nach möglichen Verbesserungen beim Park & Ride für Autofahrer:innen aus dem Umland.

Die Referent:innen führen aus, dass derzeit keine konkreten neuen Maßnahmen geplant seien, da bereits gute Angebote bestünden. Das Thema werde jedoch weiterhin beobachtet und bei Bedarf in die zukünftige Planung einbezogen.

Abschließend bedankt der BS sich bei den beiden Referent:innen für den differenzierten und kompetenten Vortrag. Der Beirat habe bereits zahlreiche Beschlüsse zum Bewohnerparken gefasst und sei daher nun sehr erfreut darüber, dass das Thema angegangen werde. Er freue sich darauf, das Projekt gemeinsam weiter zu bearbeiten.

TOP 6. Umgang mit dem Container am Hohentorspark 2026

Die OAL eröffnet den TOP mit einem Bericht über den Runden Tisch Hohentorspark am 25.11.25, bei dem die aktuelle Situation und zukünftige Maßnahmen offen und konstruktiv mit allen Beteiligten beraten wurden.

Der BS weist darauf hin, dass das Thema jeden Winter erneut aufkomme und die Präsenz der Drogenszene im Stadtteil bekannt sei. Er erinnert an die Verlagerung des Containers vom Lucie-Flechtmann-Platz als Zwischenlösung und betont, dass eine dauerhafte Lösung weiterhin gesucht werde. Der Beirat spreche sich gegen eine Politik der Verdrängung aus und habe sich für den Standort am Hohentorspark entschieden. Eine vielversprechende Immobilie sei besichtigt worden, jedoch habe ein privater Akteur den Zuschlag erhalten. Die Suche nach einer festen Einrichtung werde fortgesetzt. Bis dahin sei der Container notwendig, um Zugang zur Szene und soziale Arbeit zu ermöglichen. Die Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis solle erfolgen, was nur durch die gute Zusammenarbeit möglich sei. Er bittet die BI um Geduld und Verständnis und nimmt deren [schriftliche Stellungnahme](#) zur Kenntnis.

Die OAL bittet die Vertreter:innen der Ressorts, den aktuellen Stand zu berichten.

Frau Carneiro Alves erläutert, dass die Entscheidung für den Container schwer gefallen sei, da es keine geeignete Einrichtung gebe. Die Suche nach einer Lösung erfolge in enger Zusammenarbeit, und der Container solle vorerst bleiben, um die Versorgung der Betroffenen zu gewährleisten. Ein solcher Ort sei für alle Beteiligten die beste Option in einer schwierigen Situation.

Frau Kodré ergänzt, dass die Mittel des Sozialressorts für Streetwork und die Innere Mission eingesetzt würden. Die Winterregelung gelte wieder, sodass nicht leistungsberechtigte Personen in der Friedrich-Rauers-Straße unterkommen könnten und der Regenerationsort im ehemaligen StuBu-Gebäude länger geöffnet sei.

Herr Dreyer hebt die gute Zusammenarbeit hervor und betont, dass der Container als Kontrollort täglich von Polizei und anderen Behörden genutzt werde. Die Fallzahlen seien von 2023 zu 2024 um 10 % gesunken, und ein weiterer Rückgang werde erwartet. Die Anzeigenaufnahme im Polizeikommissariat Süd sei wieder geöffnet.

Frau Wessolowski-Müller berichtet, dass das Modellprojekt der Neustadtläufer:innen die Situation stabilisiert habe. Das Projekt sei als niedrigschwelliger Kontakt konzipiert und habe sich bewährt. Eine Bilanz werde zum Jahresende gezogen, eine weitere Finanzierung sei geplant, sofern Mittel verfügbar seien.

Herr Brase-Wentzell betont, dass Begegnungsorte wie der Container die Kontaktaufnahme erleichtern und weiterhin nach geeigneten Räumen gesucht werde.

Ein Mitglied der BI äußert, dass die Initiative entmutigt sei, aber weiterhin offen für den Dialog bleibe. Die Belastung der Anwohner:innen und die Konfrontation mit Kleinkriminalität seien hoch.

Ein BM der SPD merkt an, dass die Belastung der Anwohner:innen hoch sei, aber die Szene sich ohne Container wieder verteilen würde. Er regt an, die Immobiliensuche durch Immobilien Bremen durchführen zu lassen.

Beschluss:

- 1. Der Beirat Neustadt bittet einen Träger der Sozialen Arbeit, für den Szenetreff am Hohentorspark erneut einen Antrag auf Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis zur Aufstellung des**

Containers um ein weiteres Jahr (voraussichtlich vom 18.03.2026 bis zum 17.03.2027) beim Ordnungsamt Bremen zu stellen.

- 2. Der Beirat Neustadt bekräftigt, dass der Containerstandort am Hohentorspark nur eine minimale und temporäre Zwischenlösung darstellt und hält an seinem erklärten Ziel fest, die Schaffung einer adäquaten, stationären Einrichtung für suchtkranke Menschen in der Neustadt voranzutreiben.**
- 3. Der Beirat Neustadt fordert den Senat auf, das Pilotprojekt der Sozialraumläufer:innen (Neustadtläufer:innen), welches sich im Jahr 2025 bewährt hat und gut angenommen wurde, ab dem Jahr 2026 zu entfristen und als festes Angebot in der Neustadt zu etablieren.**
- 4. Damit auf kurzfristige Entwicklungen schneller reagiert werden kann, sowie zur Verbesserung der Absprachen und Abläufe, fordert der Beirat Neustadt die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, unter Einbeziehung der zuständigen Behörden und Akteure.**
- 5. Der Beirat Neustadt fordert die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz und die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration auf, in Zusammenarbeit mit dem Beirat unverzüglich eine geeignete Fläche oder Immobilie in der Neustadt zu identifizieren und bereitzustellen, um die derzeit in der Friedrich-Rauers-Straße genutzten Container der Drogenhilfe, nach deren dortiger Aufgabe, an diesen Standort zu verlegen und weiter zu nutzen. (einstimmig)**

Begründung: Die Ausbreitung der Drogenszene, insbesondere die Crack-Problematik, stellt für den Stadtteil Neustadt weiterhin eine massive Herausforderung dar, auf die der Beirat bis dato mit diversen Beschlüssen seit 2023 umfassend eingegangen ist.

Eine erneute Verlängerung der Sondernutzungserlaubnis für den Container am Hohentorspark um weitere 12 Monate ist aus Sicht des Beirats zwingend notwendig. Trotz redlicher Bemühungen aller beteiligten Akteur:innen (Beirat, Ressorts, Träger) konnte bis dato kein geeigneter Standort für eine stationäre Drogenhilfeeinrichtung gefunden werden. Dies liegt maßgeblich an den Herausforderungen des Vorhabens, geeignete Räumlichkeiten oder ein Gebäude in der Neustadt zu finden und herzurichten. Der Containerstandort im Hohentorspark muss daher weiterhin als Übergangslösung dienen, um Menschen, die unter einer Suchterkrankung leiden und/oder von Obdachlosigkeit betroffen sind, bis zur Schaffung eines angemessenen Hilfeangebotes einen Aufenthaltsort zuzugestehen, der ein minimales Maß an Komfort, Sanitäreinrichtungen und sozialer Betreuung bietet.

Fast alle beteiligten Akteur:innen bewerten den Einsatz und Betrieb des Containers als Erfolg, da die Lage nachhaltig entspannt werden konnte und betroffenen Menschen weiterhin ein Hilfsangebot unterbreitet wird. Die Umorientierung des Szenetreffs ist mit großen, weiterhin andauernden Anstrengungen seitens des Beirates, der Behörden sowie der Sozialarbeiter:innen einhergegangen.

Gleichzeitig ist festzuhalten, dass der Containerstandort am Hohentorspark weiterhin eine große Belastung für die direkten Anwohnenden und Anrainer:innen darstellt. Dies macht eine fortlaufende enge Begleitung und Koordination aller Akteur:innen (Polizei, Ordnungsdienst, Sozialarbeit) unabdingbar. In den letzten 12 Monaten wurden zur Abfederung dieser Belastungen bereits diverse Maßnahmen ergriffen und finanziert (vgl. [Beschluss 30.01.2025](#)), wie die Erhöhung der Reinigungsintervalle durch die Stadtreinigung, die Finanzierung eines zusätzlichen Müllcontainers, die Finanzierung von Reinigungs- und Instandhaltungsmaßnahmen im Hohentorspark sowie eine erhöhte Polizeipräsenz.

Die Situation am Hohentorspark und im direkten Umfeld erfordert eine verbesserte Koordination und schnellere Reaktionsfähigkeit der beteiligten Behörden (Ordnungsdienst, Polizei, Umweltbetrieb) und Träger der Sozialen Arbeit. Trotz der bestehenden Anstrengungen zeigt sich, dass Abstimmungsprozesse mitunter langwierig sind. Die Einrichtung einer Lenkungsgruppe, die in regelmäßigen Abständen tagt ist daher unerlässlich, um auf kurzfristige Entwicklungen unverzüglich reagieren und die Zusammenarbeit effizient gestalten zu können. Dies soll eine kontinuierliche Verbesserung der Abläufe und eine Entlastung der Situation vor Ort gewährleisten.

Ein deutlicher Erfolg der gemeinsamen Anstrengungen im letzten Jahr ist die Einführung der Sozialraumläufer:innen (Neustadtläufer:innen), die sich im Rahmen eines Pilotprojektes bewährt haben und gut angenommen wurden. Die Teams füllen eine Versorgungslücke bei der Moderation von Konflikten, der Durchsetzung von Regeln und der Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls. Der

Beirat sieht die Etablierung und Fortführung dieses Angebots im Jahr 2026 als zwingend erforderlich an.

Ein weiterer Erfolg bestand im Antrag des Beirates Neustadt, das Thema "Umsetzung der beschlossenen Drogenhilfestrategie" auf der Beirätekonzferenz zu erörtern. Dies führte dazu, dass das stadtweite Problem anschließend in der Stadtbürgerschaft diskutiert, wurde und somit mehr Aufmerksamkeit erhielt.

Der Beirat hält es für essenziell, dass die Weiternutzung der Container-Infrastruktur aus der Friedrich-Rauers-Straße geprüft wird, sobald diese dort nicht mehr benötigt wird (vgl. [Haushaltsantrag 05.12.2024](#)). Dies stellt einen pragmatischen, ressourcenschonenden und zeitsparenden Ansatz dar, um ein adäquateres, wenn auch temporäres, Hilfsangebot in der Neustadt zu etablieren.

Abschließend wirbt der Beirat bei den Bürger:innen um Verständnis für die Notwendigkeit des Container-Standorts Hohentorspark. Gleichzeitig bekräftigt er seine Entschlossenheit, im Zusammenwirken mit den zuständigen Behörden und Trägern die zügige Realisierung einer festen Drogenhilfeeinrichtung als oberstes Ziel weiter zu verfolgen.

TOP 7. Beschlussfassung zu: Einrichtung einer temporären Spielstraße in der Roßbachstraße

Die OAL führt einleitend aus, dass von der Initiative, die den Wunsch nach einer temporären Spielstraße in der Roßbachstraße eingebracht habe, zu dieser Sitzung niemand habe erscheinen können, weshalb er anregt, diesen Beschluss zu einem späteren Zeitpunkt zu fassen und noch einmal im Koordinierungsausschuss zu beraten.

Alle BM erklären sich damit einverstanden.

TOP 8. Beschlussfassung zu: Erneuerung der Poller am Delmemarkt (Stadtteilbudget Verkehr)

Ein [Beschlussvorschlag](#) der Fraktion B90/DIE GRÜNEN liegt zu diesem TOP vor.

Der BS führt aus, dass die Problematik am Delmemarkt bekannt sei und zuletzt erneut die als Absperung dienenden Poller umgefahren worden seien. Um dem widerrechtlichen Parken auf dem Delmemarkt außerhalb der Marktzeiten entgegenzuwirken, habe seine Fraktion den Beschlussvorschlag eingereicht.

Beschluss: Der Beirat Neustadt stellt bis zu bis zu 3.000, - € aus seinem Stadtteilbudget für Maßnahmen zur Sicherstellung der Absperrung des Delmemarkts aus dem Stadtteilbudget Verkehr zur Verfügung, damit das unerlaubte Parken außerhalb der Marktzeiten unterbunden wird. (einstimmig)

TOP 9. Beschlussfassung zu: Unterstützung des Landesfeuerwehrverbandes Bremen e.V.

Der BS hat hierzu einen Beschlussvorschlag eingereicht und führt hierzu aus, dass die Feuerwehr die Brandsicherheit im Stadtteil sicherstelle. Die wichtige Rolle der Feuerwehr für die Bevölkerung spiegele sich nicht in der Ausstattung wider, die die absolute Untergrenze darstelle. Daher habe der den Beschlussvorschlag gestellt.

Beschluss: Der Beirat Neustadt fordert den Senator für Inneres und Sport im Rahmen der aktuellen und zukünftiger Haushaltsberatungen auf, die Zukunftsfähigkeit der (Freiwilligen) Feuerwehr Bremen durch folgende Maßnahmen dauerhaft zu sichern:

1. **Investitions-Masterplan:** Die Defizite im Bereich der Liegenschaften (Feuerwachen und Gerätehäuser) sowie des Fuhrparks müssen durch die Verabschiedung einer verbindlichen, zehnjährigen Investitionsplanung adressiert werden.
2. **Sondervermögen Infrastruktur:** Ein festgelegter, zweckgebundener Anteil des Bundes-Sondervermögens „Infrastruktur“ muss zur dringenden Sanierung und Neuerrichtung der Feuerwehrliegenschaften genutzt werden.
3. **Erhöhung der Sachmittel:** Die Mittel für konsumtive Ausgaben (Sachkosten, ohne Personalkosten) im Haushalt der Feuerwehr sind in angemessener Weise und über den normalen jährlichen Kostensteigerungen zu erhöhen. (einstimmig)

Begründung: Die Freiwillige Feuerwehr Neustadt ist mit über 70 ehrenamtlichen Mitgliedern das unverzichtbare Rückgrat der Sicherheit für unseren Stadtteil und weit darüber hinaus. Unsere Kräfte stehen 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr für die gesamte Bremer Innenstadt, die Handelshäfen, Walle und Findorff bereit. Sie leisten spezialisierte Dienste wie den CBRN- und Gefahrgutzug sowie technische Hilfeleistung bei Unwettern und ihren Folgen, zusätzlich zum klassischen Brandschutz.

Die Einsatzfähigkeit der Bremer Feuerwehren, inklusive unserer Freiwilligen Feuerwehr Neustadt, ist durch einen erheblichen Investitionsstau bedroht. Der aktuelle Brandschutzbedarfsplan belegt massive Defizite: Es besteht für die Feuerwehr Bremen ein Investitionsbedarf von mindestens 80 Millionen Euro für die Sanierung und den Neubau von Feuerwachen und Gerätehäusern sowie rund 28 Millionen Euro für die notwendige Ersatzbeschaffung veralteter Grundschutzfahrzeuge in den kommenden Jahren.

Ein veralteter Fuhrpark und sanierungsbedürftige Liegenschaften stellen eine inakzeptable Belastung für unsere Ehrenamtlichen dar und gefährden die Effektivität ihrer Einsätze. Die bisherigen Haushaltsansätze reichen nicht aus, um die gestiegenen Kosten für Gefahrenabwehr und Instandhaltung zu decken.

Der Beirat Neustadt bekräftigt daher seine Forderung, die Verlässlichkeit und Sicherheit dieser unverzichtbaren Kräfte durch die Einhaltung dieser drei Kernforderungen – die verbindliche Investitionsplanung, die Nutzung des Bundes-Sondervermögens und die dauerhafte Erhöhung der Sachmittel – zu garantieren.

TOP 10. Beschlussfassung zu: Nahversorgung in Huckelriede sichern (Schließung Combi-Markt)

Die SPD, FDP und DIE LINKE haben zu dieser Thematik im Vorhinein einen Beschlussvorschlag eingebracht.

Beschluss: Der Beirat Neustadt hat mit Bedauern von der Schließung des Combi-Marktes in der Volkmannstr. in Huckelriede zum 31.12.2025 Kenntnis genommen. Der Beirat Neustadt bittet die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation um Information über die Hintergründe der Schließung sowie über mögliche Folgenutzungen. Der Beirat bittet darum, soweit möglich auf den Erhalt der wohnortnahen Versorgung an dieser Stelle Einfluss zu nehmen.

Des Weiteren bittet der Beirat die Behörde für Bauen, Mobilität und Stadtentwicklung um Auskunft über mögliche Kenntnisse über eine beabsichtigte zukünftige Nutzung des Grundstücks. (einstimmig)

Begründung: Der Standort Volkmannstraße ist für den Ortsteil Huckelriede ein zentraler Versorgungsanker. Der Combi-Markt bietet wohnortnah die tägliche Grundversorgung mit Lebensmitteln und Dingen des kurz- und mittelfristigen Bedarfs. Von der fußläufigen Erreichbarkeit profitieren besonders Seniorinnen und Senioren, Familien, Alleinerziehende und Menschen ohne eigenes Auto. Mit der Schließung entsteht – bereits zum Jahreswechsel – eine Lücke in der Nahversorgung, die unmittelbare soziale Auswirkungen durch zusätzliche Wegezeiten sowie Mehrbelastungen für Haushalte mit geringem Einkommen hat. Auch auf die vom Beirat problematisierte Situation der Ortsmitte Huckeriedes dürfte die Schließung indirekten Einfluss haben.

TOP 11. Verschiedenes

- ./.

Johannes Osterkamp
Beiratssprecher

Uwe Martin
Sitzungsleitung

Viktoria Hochlan
Protokollführung